

Europäische Union. | 06.05.2016 | Lesezeit 2 Min.

Kosovo muss noch viele Hürden nehmen

Das kleinste Land des Westbalkan hat erst 2008 seine Unabhängigkeit erklärt, möchte nun aber möglichst bald der EU beitreten. Vorher sind jedoch viele politische Probleme zu lösen - unter anderem verweigert der Nachbar Serbien dem Kosovo bislang die Anerkennung. Und auch die wirtschaftlichen Beitrittskriterien sind noch lange nicht erfüllt - mit einer Ausnahme.

Am 1. April 2016 ist das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Kosovo in Kraft getreten. Das ist zweifellos ein Erfolg für den jungen Staat, der inzwischen (Stand: Dezember 2015) von 111 Ländern weltweit völkerrechtlich anerkannt wird, darunter 23 der 28 EU-Staaten. Allerdings ist das Kosovo in den Augen Serbiens nach wie vor eine abtrünnige Provinz.

Kosovo: ungelöste politische Probleme...

Neben dieser Anerkennungsfrage stehen aber noch andere politische Probleme einem EU-Beitritt im Weg. So kritisiert die EU-Kommission die Einflussnahme der politischen Führung in Priština auf das Justizsystem sowie das Ausmaß der organisierten Kriminalität und der Korruption. Brüssel bemängelt zudem, dass die Opposition die Versuche der Regierung torpediert, die Beziehungen zu den Nachbarn Montenegro und Serbien zu normalisieren.

... und auch die Wirtschaft zeigt viele Schwächen

Nicht besser sieht es bei den wirtschaftlichen Beitrittskriterien aus. Nach Ansicht der EU-Kommission befindet sich der Balkanstaat beim Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft in einem frühen Stadium. Die Kommission kritisiert die unzureichende Produktionsbasis und die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Folge ist eine tiefrote Handelsbilanz:

Der Saldo aus den Exporten und Importen belief sich im Jahr 2014 auf minus 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Insgesamt zählt das Land mit seinen etwa 1,8 Millionen Einwohnern zu den ärmsten auf dem Balkan - das kaufkraftbereinigte BIP je Einwohner erreichte zuletzt nur etwa ein Viertel des EU-Durchschnitts.

Überweisungen von Kosovaren im Ausland: Segen und Fluch zugleich

Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse haben maßgeblich mit dazu beigetragen, dass Schätzungen zufolge heute etwa jeder vierte gebürtige Kosovare im Ausland lebt - und von dort aus Verwandte in der Heimat finanziell unterstützt. Diese privaten Übertragungen aus dem Ausland machten im Jahr 2014 knapp 16 Prozent des BIP aus.

Die EU-Kommission sieht das keineswegs nur positiv, vielmehr hätten die Begünstigten durch das Geld aus dem Ausland weniger Anreize, selbst eine Beschäftigung aufzunehmen. Tatsache ist jedenfalls, dass 2014 nur knapp 48 Prozent der 20- bis 64-Jährigen im Kosovo erwerbstätig waren oder eine Arbeit suchten - verglichen mit fast 77 Prozent im Durchschnitt der EU-Länder. Zugleich bleibt die Jobsuche oft erfolglos (Grafik):

Die Arbeitslosenquote betrug im Jahr 2014 mehr als 35 Prozent - von den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen hatten sogar 61 Prozent keine

Stelle.

Kosovo

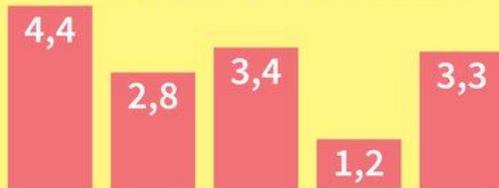
in Zahlen

Die Beitrittskandidaten der EU



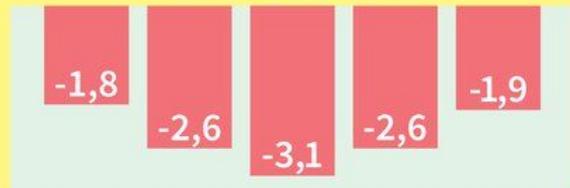
2011 2012 2013 2014 2015

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

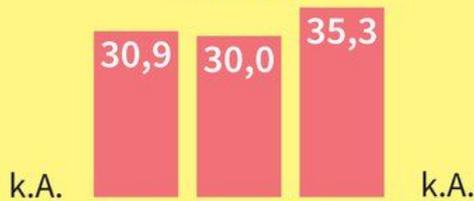


2011 2012 2013 2014 2015

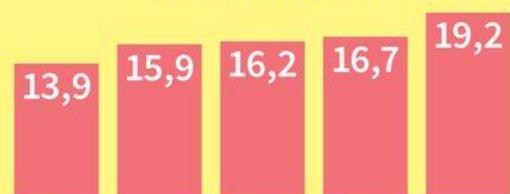
Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



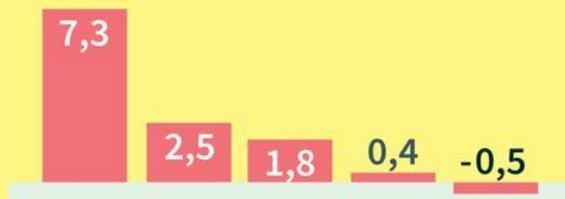
Arbeitslosenquote
in Prozent



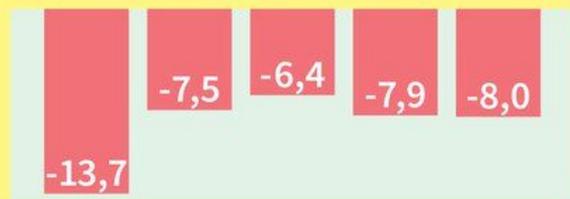
Schuldenstand
in Prozent des BIP



Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Fit für die EU ist das Kosovo hinsichtlich des Staatshaushalts und des Schuldenstands. Und man zahlt bereits mit dem Euro - denn 1999 hatte die damalige UNO-Verwaltung die D-Mark als Zahlungsmittel eingeführt, die dann vom Euro abgelöst wurde.

Kernaussagen in Kürze:

- Dem EU-Beitritt des Kosovo stehen viele politische Probleme im Weg, unter anderem die Nicht-Anerkennung durch Serbien sowie die Korruption.
- Auch die Wirtschaft ist schwach - so belief sich der Saldo aus den Exporten und Importen im Jahr 2014 auf minus 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
- Die Arbeitslosenquote betrug 2014 mehr als 35 Prozent - von den 15- bis 24-jährigen Erwerbspersonen hatten sogar 61 Prozent keine Stelle.